

Solarbranche befürchtet Rückschlag

Energie Besitzer von Solaranlagen sollen künftig mehr dafür bezahlen, dass sie ans Stromnetz angeschlossen sind. Die Stromwirtschaft hält das für gerecht. Die Solarbranche indes sieht die Rentabilität der Anlagen gefährdet.



Die Energiestrategie 2050 sieht vor, dass künftig mehr Strom beim Verbraucher produziert wird: Haus mit Solaranlage. Foto: Gaëtan Bally (Keystone)

Stefan Häne

Es ist ein schwieriges Geschäft, das Energieministerin Simonetta Sommaruga (SP) von ihrer Vorgängerin Doris Leuthard (CVP) übernommen hat. Die geplante Revision des Stromversorgungsgesetzes stösst auf Widerstand, weil mit der vorgesehenen Öffnung des Strommarkts Schweizer Ökostrom durch schmutzigen Billigstrom aus dem Ausland – beispielsweise aus deutschen Kohlekraftwerken – unter Druck

geraten könnte. Die Vorlage löst aber auch aus einem anderen, in der Öffentlichkeit bislang kaum beachteten Punkt Abwehrreflexe bei den Promotoren neuer erneuerbarer Energien aus.

Die Stromtarife sollen sich künftig stärker danach ausrichten, welche Anschlussleistung der Kunde bezieht. Private Haushalte, die etwa mit einer Solaranlage selbst Strom produzieren, bezahlen so allenfalls mehr für

ihren Anschluss. Heute sei ihr Beitrag an die Netzkosten zu gering, argumentiert der Bundesrat. Erst recht wird dies seiner Ansicht nach der Fall sein, wenn der Strom – wie im Einklang mit der Energiestrategie 2050 geplant – künftig vermehrt beim Verbraucher erzeugt werden soll. Als Folge davon müssen die Verteilnetze um- und ausgebaut werden – eine milliarden schwere Investition. Deren Höhe lässt sich zwar etwa durch den Einsatz

digitaler Technologien im Netz senken, gross werden die Kosten gleichwohl bleiben.

Maximalleistung entscheidet

Diese Netzkosten sind vorwiegend fixkostenlastig. Deshalb sollen die Stromkunden neu für die Leistung bezahlen, die ihnen zu jedem Zeitpunkt im Netz maximal zur Verfügung steht – und damit die Flexibilität, die sie beanspruchen. Was damit gemeint ist, veranschaulicht der Vergleich mit dem Internet: Der Kunde bezahlt für seinen Breitbandanschluss. Je mehr Leistung er bezieht, desto teurer ist sein Abo, unabhängig davon, ob er selten surft oder dauernd online ist.

Für die Betreiber von Fotovoltaikanlagen sei die geplante Neuerung ein Problem, sagt Christian Zeyer, Geschäftsführer des Wirtschaftsverbandes Swisscleantech. «Da ihre Anlagen idealerweise für den Eigenverbrauch produzieren, verringern sich ihre Einsparungen durch nicht gekauften Strom, wenn sie für ihren Anschluss ans Stromnetz mehr bezahlen müssen.» Das verschlechtert die Rentabilität.

Swisscleantech hat dazu Berechnungen angestellt: Für den Besitzer eines Einfamilienhauses mit einem jährlichen Stromverbrauch von 5000 Kilowattstunden entstünden je nach Tarifgestaltung über die 25-jährige Lebensdauer der Anlage ungedeckte Kosten von bis zu 11000 Franken. «Das hemmt Einfamilienhausbesitzer, eine Fotovoltaikanlage zu bauen», so Zeyer. Dabei sollte der Trend in die gegenteilige Richtung gehen: Die Energiestrategie 2050 sieht einen Ausbau der erneuerbaren Energie vor; der Fotovoltaik kommt dabei eine Schlüsselrolle zu.

Die geplante Änderung des Bundesrat schenkt nicht zuletzt deshalb so ein, weil die Netzkosten, also die Kosten für den Transport des Stroms, heute schon knapp die Hälfte der Stromrechnung ausmachen. Das Bundesamt für Energie (BFE) weist jedoch darauf hin, dass die Vorlage eine explizite Schutzbestimmung zugunsten der Eigenverbraucher enthalte: «Wenn die Netzbetreiber wollen, können sie von den Eigenverbrauchern auch zukünftig einen Preis verlangen, der sich allein am Verbrauch ausrichtet.»

Wie Mobility-Pricing

Die Kritiker beruhigt das nicht. Für Zeyer von Swisscleantech ist klar: Für einen effizienten Strommarkt brauche es einen anderen Ansatz. «Ziel muss es sein, dass für die Netznutzung ein Markt entsteht.» Der Netztarif soll sich dabei neu an der Knappheit richten – ähnlich wie beim Mobility-Pricing, das Fahrstrecken je nach Zeit und Verkehrsaufkommen verteuert. Heute hätten weder die Produzenten noch die Verbraucher ein Interesse daran, die Produktion oder den Verbrauch zeitlich zu verschieben – mit einem erhöhten Fixkostenanteil an den Netzkosten erst recht nicht. «Kostenwahr-

«Es braucht stärker variable Stromtarife.»

David Stickelberger, Swissolar

heit heisst, dass die Netzgebühr bei nicht ausgelasteten Netzen tiefer ist.» Drohe eine Verstopfung, müssten diese ansteigen.

Ähnlich argumentiert Swissolar, der Fachverband für Son-

nenenergie. «Es braucht stärker variable Stromtarife», sagt Geschäftsleiter David Stickelberger. Mit den Smart Meters, also intelligenten Stromzählern, die mehr und mehr eingeführt werden, könne man problemlos fünf verschiedene Tarife einrichten. «Dann wäre zum Beispiel der Strom an einem kalten Winterabend auf der höchsten Tarifstufe, an einem Sommersonntag auf der tiefsten Stufe.» Mit den heutigen mechanischen Zählern gehe das nicht, diese erlaubten nur zwei Tarife, so Stickelberger. Hilfreich ist laut Swissolar auch der vermehrte Einsatz von Batteriespeichern und Smart-Home-Systemen: «Die intelligente Steuerung sorgt dann dafür, dass beim höchsten Stromtarif Strom von der eigenen Batterie verwendet wird, womit wiederum das öffentliche Stromnetz entlastet wird.»

«Nicht verursachergerecht»

Das Problem: Solche Modelle sind derzeit weder technisch noch juristisch umgesetzt. Bis es so weit ist, verlangt Swissolar Stromtarife, die sich ausschliesslich an der verbrauchten Strommenge orientieren. Der Verband bezweifelt, dass Solaranlagenbetreiber zu wenig an die Netzkosten beisteuern, wie der Bundesrat geltend macht. «Mit ihrer dezentralen Produktion entlasten sie in der Regel das Netz, denn der Strom fliesst im Quartier, anstatt dass er von «oben» von einem grossen Kraftwerk geliefert werden muss.» Ausnahmen seien allenfalls grosse Fotovoltaikanlagen auf abgelegenen Landwirtschaftsgebäuden, für welche Netzausbauten nötig seien.

Der Dachverband der Schweizer Stromwirtschaft (VSE) widerspricht. Direktor Michael Frank spricht von einer «versteckten

Quersubventionierung». «Wenn die Solaranlagenbesitzer für den Anschluss ans Netz nichts mehr bezahlen, bezahlen alle anderen umso mehr.» Das Netz müsse nämlich so dimensioniert sein, dass alle Strombezüger ihren gesamten Strombedarf jederzeit aus dem Netz beziehen könnten – und das sei teuer. Der VSE begrüsst deshalb den Plan des Bundesrats. Das heutige System führe zu einer «volkswirtschaftlich und sozial unerwünschten» Umverteilung der Kosten zulasten der übrigen Endverbraucher. Das, so Frank, sei nicht verursachergerecht.
